



## **Werte im Wandel**

Professor Dr.-Ing. Dieter Ameling  
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl  
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Hans Jürgen Kerkhoff  
Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Stahl

## Neue Werte im Stahl

Die leichte Eintrübung der Stahlkonjunktur ist überwunden. Die Stahlindustrie in Deutschland befindet sich auf gutem Weg und geht gestärkt ins Jahr 2006. Der Stahlbedarf wird in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres kräftig um 6 Prozent steigen, nachdem er in diesem Jahr um knapp 0,5 Prozent zugenommen hat. Worauf gründet sich diese für die kommenden Monate zuversichtliche Ausblick?

- Der Konjunkturklimaindex in Deutschland liegt im Oktober so hoch wie zuletzt im Herbst 2000. Der vom Münchner Ifo-Institut durch Umfragen ermittelte Geschäftsklimaindex, der als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung gilt, ist in vier der letzten fünf Monate gestiegen. Die Beurteilung der Entwicklung durch die Stahlunternehmen verläuft seit drei Monaten ähnlich positiv.
- Die Lagerbestände, die in den ersten Monaten des Jahres 2005 erheblich angestiegen waren, haben sich wieder normalisiert. So ist die Lagerreichweite bei den Stahlhändlern und Stahlverarbeitern im ersten Halbjahr 2005 inzwischen auf das Normalmaß von circa zwei Monaten zurückgegangen.
- Die Abnehmerbranchen der Stahlindustrie entwickeln sich 2005 überwiegend positiv: Zu den wichtigsten Kunden zählt der Straßenfahrzeugbau, der in diesem Jahr um 3 Prozent wachsen wird. Ebenfalls nach oben zeigt der Maschinenbau mit einem Plus von 4 Prozent. Die Elektrotechnik liegt in diesem Jahr um gut 5 Prozent über dem Vorjahr, die stahlintensive so genannte Weiße Ware kommt jedoch nur auf plus 1,5 Prozent. Die Hersteller von Metallerzeugnissen, also die Ziehereien und Kaltwalzwerke, die Stahlumformung sowie die Hersteller von Eisen-, Blech- und Metallwaren, verzeichnen ein Minus von 1 Prozent. Die schwache Baukonjunktur wirkte besonders bei den Ziehereien und Kaltwalzwerken als Bremse. Die Röhrenwerke profitieren von den hohen Investitionen in den Energie- und Infrastruktursektor; seit Ende 2003 liegt die Nachfrage nach Stahlrohren über dem langjährigen Durchschnitt. Dieses Jahr wird die Produktion wieder um 6 Prozent zulegen. Lediglich das Bauhauptgewerbe entwickelt sich nach wie vor negativ und muss nochmals ein Minus von 4,5 Prozent verkraften.

Zusammengenommen erwarten wir bei allen unseren Stahlkunden 2005 insgesamt ein Produktionsplus von knapp 1 Prozent, wobei das zweite Halbjahr deutlich besser ist als das erste. Diese positive Entwicklung wird sich Anfang 2006 verstärken, weshalb wir in den ersten drei Monaten ein Wachstum bei der Produktion der Stahlverarbeiter von fast 8 Prozent im Vergleich zum schwachen ersten Vierteljahr 2005 annehmen.

- Die Auftragseingänge bei den Stahlunternehmen zeigen ebenfalls seit drei Monaten deutlich nach oben (**Bild 1**). Sie sind im dritten Quartal 2005 um gut 11 Prozent im Vergleich zu den drei Monaten zuvor gestiegen. Der September weist mit einem Plus von 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat erstmals seit einem Jahr wieder einen positiven Wert auf.
- Die Importe, die im ersten Quartal 2005 in der EU-25 auf ein Zehnjahreshoch angestiegen waren, sind deutlich zurückgegangen. Auch auf dem deutschen Markt sind die Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern in den letzten vier Monaten signifikant gesunken (**Bild 2**).

Wir blicken mit begründeter Zuversicht in das nächste Jahr. Vor diesem Hintergrund können wir feststellen: Die Marktdelle der letzten Monate ist ausgebeult. Die Strategie Qualität vor Quantität hat sich bewährt. Sie hat ihren Praxistest auch in einem schwieriger werdenden Umfeld, wie es das erste Halbjahr 2005 darstellte, bestanden.

Überall auf der Welt erfreut sich der Werkstoff Stahl zurzeit einer Wertschätzung, wie es noch vor nicht allzu langer Zeit undenkbar gewesen wäre. Stahl ist sowohl mengenmäßig (**Bild 3**) als auch wertmäßig der mit Abstand führende Werkstoff in der Welt. Vor zehn Jahren wurden weltweit etwa 750 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt, in diesem Jahr werden es voraussichtlich 1,1 Milliarden Tonnen sein. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre in Höhe von durchschnittlich gut 5 Prozent (**Bild 4**) in Zukunft, wenn auch auf leicht abgeschwächtem Niveau, anhalten werden. Die Stahlindustrie ist eine profitable Wachstumsbranche, deren Bedeutung für die industrielle Wertschöpfung wächst.

Die neue Wertschätzung für Stahl hat auch die internationale Finanzwelt erreicht: Stahlunternehmen erzielen Spitzenwerte bei Auktionen, die sogar im Fernsehen übertragen werden. 4 Milliarden Euro bezahlte Mittal Steel für das ukrainische Stahlwerk Kryvorizhstal. 2,3 Milliarden Euro erzielte die Privatisierung des türkischen Stahlunternehmens Erdemir. Auch an den Börsenkursen, die sich positiver als der Dax entwickeln, lässt sich die neue Wertschätzung für Stahlaktien ablesen.

### **Stahlwelt im Wandel**

Das Land, dessen Stahlindustrie in den letzten Jahren den erstaunlichsten Wandel vollzogen hat, ist zweifellos China (**Bild 5**). Obwohl China in diesem Jahr seine Rohstahlproduktion nochmals um 60 Millionen Tonnen auf etwa 330 Millionen Tonnen steigern wird, ist mittelfristig mit einer Beruhigung zu rechnen. Bereits im vierten Quartal 2005 werden die Chinesen die Rohstahlproduktion um 5 Prozent kürzen. Die neue chinesische Stahlpolitik sieht z. B. die Stilllegung von kleineren Hochöfen mit einer Kapazität von weniger als 300 000 Tonnen im Jahr vor. Außerdem soll es zur Bildung von größeren Unternehmenseinheiten kommen, was mit der Schließung von unrentablen Anlagen verbunden sein wird. Der chinesische Markt wird auch in Zukunft den weitaus größten Teil der Produktion selbst aufnehmen. Der Walzstahlbedarf liegt zurzeit bei etwa 225 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Zum Vergleich: In Deutschland sind es rund 460 Kilogramm.

Die Importe aus China in die EU-25 spielen mit voraussichtlich 1,6 Millionen Tonnen im Jahr 2005 - entgegen der Befürchtung mancher Beobachter - nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Nachdem China sich in den ersten Monaten dieses Jahres weltweit zum Nettoexporteur entwickelt hatte (**Bild 6**), gibt es in den letzten drei Monaten eine Umkehrung dieser Tendenz. Für das ganze Jahr 2005 erwarten wir daher eine fast ausgeglichene Stahl-Handelsbilanz. Das gilt allerdings nicht für alle Produkte: Bei Qualitätsflachstählen wird der chinesische Markt noch für einige Jahre auf Importe angewiesen sein. Lediglich bei Profilerzeugnissen, Draht und Halbzeug, die vor allem für den asiatischen Markt bestimmt sind, exportiert China bereits mehr als es importiert. Wie unlängst Qihua Xie, Präsidentin von Chinas größtem Stahlunternehmen Baosteel und des chinesischen Stahlverbandes CISA (China Iron & Steel Association), in Peking versicherte, will China grundsätzlich kein Nettoexporteur werden, sondern vor allem den eigenen Stahlbedarf decken.

Mit der Globalisierung hat sich aber auch die Stahlindustrie in den letzten Jahren weltweit tief greifend gewandelt: Neue Unternehmen sind entstanden (**Bild 7**). So belegte der Weltmarktführer Mittal Steel vor zehn Jahren mit einer Rohstahlproduktion von etwa 6 Millionen Tonnen noch Platz 29 in der Liste der größten Stahlerzeuger. Heute ist er die Nummer eins und stellt die zehnfache Menge her. Drei der heute weltweit größten Stahlerzeuger, nämlich Mittal Steel, Arcelor und die japanische JFE, gab es vor fünf Jahren noch nicht.

Der Wandel in der Stahlindustrie hat zu einer neuen Wertorientierung geführt: Das Mengenwachstum steht nicht mehr im Vordergrund. Die Weltmarktführer haben es vorgemacht, indem sie dem qualitativen Wachstum den Vorzug vor dem quantitativen Wachstum gaben.

### **Rohstoffe sind im Wert gestiegen**

Für den Industriestandort Deutschland sind Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen lebensnotwendig. Nach wie vor mit großer Sorge beobachten wir die Lage auf den Rohstoffmärkten für die Stahl- und Metallerzeugung, die angespannt bleibt und damit die Kosten der Stahlherstellung erhöht. Bereits 2004 waren es vor allem die explodierenden Kokspreise und der starke Preisauftrieb beim Stahlschrott, die zu erheblichen Belastungen für die Stahlunternehmen im Rohstoffeinkauf geführt haben. Die Weltmarktpreise für die beiden wichtigsten Rohstoffe der Stahlindustrie, nämlich Eisenerz und Schrott, sind seit 1998 um 147 Prozent gestiegen (**Bild 8**). Im laufenden Jahr sind es insbesondere die drastischen Preissteigerungen bei Eisenerz und Kokskohle, die in der Kostenrechnung unserer Mitgliedswerke, die über die Hochofenroute Stahl erzeugen, besonders stark zu Buche schlagen. Bei Eisenerz wurden die Preise je nach Sorte zwischen 70 und 90 Prozent erhöht. Bei Kokskohle sind die Preise gegenüber dem Vorjahr sogar um 120 Prozent angestiegen. Gleichwohl ist die deutsche Kokskohle aufgrund der hohen Förderkosten nach wie vor nicht wettbewerbsfähig. Hinzu kommen die kräftigen Erhöhungen bei den Seefrachtraten, die sich seit 2002 im Durchschnitt mehr als verdreifacht haben. Angespannt bleibt aber auch die Lage auf den Märkten für Legierungsrohstoffe. Vor allem sind es die hohen Nickelpreise an der Londoner Metallbörse (LME) sowie die sich nach wie vor auf historischem Rekordniveau bewegenden Preise für den Stahlveredler Molybdän, die den Rohstoffeinkauf der Stahl- und Edelstahlwerke vor

besondere Herausforderungen stellen. So mussten im Bereich Ferromolybdän seit 2002 Preissteigerungen von über 800 Prozent hingenommen werden. Trotz der aktuell leicht rückläufigen Preise rechnen Analysten mittelfristig mit keiner nachhaltigen Entspannung.

Aufgrund der veränderten Situation auf den internationalen Rohstoffmärkten ist das Thema Rohstoffversorgung wieder verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Auch die Politik hat die aus der krisenhaften Entwicklung resultierenden Risiken für die Industrie erkannt und signalisiert, den angestoßenen Dialog mit der betroffenen Industrie über die zentralen Fragen der Versorgungssicherheit bei Rohstoffen zukünftig kontinuierlich fortzuführen.

### **Industrie braucht tief greifenden Wandel in der Politik**

Die Politik hält mit dem rasanten Wandel, der sich innerhalb der Industrie, gerade auch im Stahlbereich, vollzieht, nicht mit. Seit Mai werden wir nicht mehr regiert, sondern nur noch verwaltet. Die dramatische Lage des Bundeshaushalts setzt dem Handlungsspielraum der künftigen Bundesregierung enge Grenzen. Umso wichtiger ist es jedoch, dass Prioritäten gesetzt werden und die Notwendigkeiten für eine wertschöpfungsorientierte Wirtschaftspolitik nicht aus den Augen verloren werden. Von der Koalitionsvereinbarung muss das Signal ausgehen, dass auch die Politik sich wandelt und den globalen Wettbewerb anerkennt und annimmt.

Als energieintensive Branche wird die Stahlindustrie die Koalitionsvereinbarung vor allem daran messen, inwieweit die Weichen für die dringend notwendige Neuorientierung in der Energiepolitik gestellt werden. Mit der vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Auftrag gegebenen Energiestudie liegt nun ein Konzept für eine „Energiepolitik aus einem Guss“ vor. Auch der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) hat ein 100-Tage-Programm der Energiepolitik entwickelt, das als Blaupause verwendet werden kann.

Wir brauchen insbesondere:

- Mehr Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten, insbesondere durch eine konsequente Umsetzung und Verbesserung des regulierten Netzzugangs nach dem Energiewirtschaftsgesetz.
- Eine Rückführung der staatlichen Belastungen auf den Strompreis (**Bild 9**). Wir wenden uns nicht per se gegen Erneuerbare Energien, wohl aber gegen ihre Über-Förderung. Vor allem aber ist es ein strategischer Fehler, sie durch die Verteuerung des Produktionsfaktors Energie zu finanzieren. Industrielle Wertschöpfung, die uns hierdurch verloren geht, kostet uns aus volkswirtschaftlicher Sicht viel mehr als die Verlagerung der Förderung über das Steuersystem oder auf die Stufe der Endkonsumenten.
- Die Option für die weitere Nutzung der Kernenergie muss erhalten bleiben, schon alleine, damit wir ausreichende Vorsorge für das Weltklima treffen können. Die Laufzeiten für Kernkraftwerke müssen verlängert werden unter der Maßgabe, dass die resultierenden Kostenvorteile sich auch in einem niedrigeren Strompreis niederschlagen.

Akuter Handlungsbedarf besteht vor allem bei den Strompreisen. Deutschland hat die zweithöchsten Strompreise in der EU (**Bild 10**). Die deutschen Netzentgelte liegen circa 65 Prozent höher als der EU-Durchschnitt (**Bild 11**). Die Strompreissteigerungen der vergangenen Jahre belasten nicht nur die Stahlindustrie mit Mehrkosten von etwa 200 Millionen Euro seit Beginn des Jahres 2003, sondern bedrohen auch die Funktionsfähigkeit der Wertschöpfungsketten, in denen die Stahlindustrie eine herausgehobene Position besitzt. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf Konstruktionsfehler im Emissionshandel zurückzuführen. Zusammen mit einem nicht wirksamen Wettbewerb auf den Strommärkten ermöglicht dieser, den Stromerzeugern den Wert der CO<sub>2</sub>-Zertifikate mit ihrem vollen Marktwert auf die Strompreise aufzuschlagen, obwohl die Emissionsberechtigungen ihnen kostenlos zugeteilt wurden (**Bild 12**). Wie der VIK nun errechnet hat, entstehen den vier großen Stromunternehmen hierdurch so genannte Mitnahmegewinne (Windfall-Profits) in einer Größenordnung von etwa 5 Milliarden Euro pro Jahr. Diese werden in

erheblichem Maße von der energieintensiven Industrie finanziert: Allein die Stahlindustrie zahlt hierfür 150 Millionen Euro im Jahr (= 3 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland). Die Politik ist dringend gefordert, bei diesem Problem, auf das die energieintensiven Branchen immer wieder hingewiesen haben, für rasche Abhilfe zu sorgen. Auch die vorübergehende Aussetzung des Emissionshandels darf dabei kein Tabu sein.

Mit der Koalitionsvereinbarung muss eine Umkehr in der Klimavorsorge eingeleitet werden. Wir müssen weg von den starren Emissionsbegrenzungen des Kyoto-Protokolls, die Wachstum bremsen, zumal wenn nicht alle wichtigen Emittenten eingebunden sind. Denn dadurch werden gerade Industrien aus jenen Ländern belastet, die besondere Verantwortung für die Klimavorsorge wahrnehmen, wie etwa Deutschland. Die Stahlindustrie in Deutschland wird ihrer Verantwortung, so wie sie in der erweiterten Selbstverpflichtung vom Mai 2001 beschrieben wurde, in jedem Fall nachkommen. Im Vergleich zu 1990 sind die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen um 8,9 auf 61,1 Millionen Tonnen gesunken. Diese Minderung entspricht dem jährlichen Ausstoß von rund vier Millionen PKW.

In der Europäischen Union setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass wir in der Klimapolitik nach 2012 flexiblere und technologiebasierte Abkommen brauchen, etwa nach dem Vorbild der Asiatisch-Pazifischen Partnerschaft vom Juli dieses Jahres. Die Aussagen des klimapolitisch sehr ehrgeizigen Premierminister Tony Blair in der letzten Woche gehen eindeutig in diese Richtung. Wir appellieren an die neue Bundesregierung, diesen klimapolitisch vernünftigen Kurs in Europa mit zu unterstützen.

Insgesamt wird in der Koalitionsvereinbarung auch zum Ausdruck kommen müssen, welchen Wert die Politik industrieller Schaffenskraft beimisst. Gerade die Entwicklung in der Stahlindustrie zeigt, dass wir auch in den so genannten traditionellen Branchen über Unternehmen verfügen, deren Leistungen weltweit anerkannt sind. Die Politik darf nicht immer erst dann reagieren, wenn es zu akuten Krisen und Standortgefährdungen kommt. Die Stahlunternehmen in Deutschland haben in diesem Jahr ihre Anlageninvestitionen um 20 Prozent erhöht und damit ihr Vertrauen

in den Standort Deutschland zum Ausdruck gebracht. Die Politik muss nun nachziehen.